

**TOP 2 öffentl. GR-Sitzung am 1.2.2021**  
**Verabschiedung des Haushaltsplanes 2021**  
**Stellungnahme CDU-Fraktion, Sprecher Paul Renz**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau BM, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, Kolleginnen und Kollegen des GR und Gäste.

Von Manfred Rommel stammt der Spruch „Sparen heißt, Geld das man hat, nicht auszugeben. Bei uns geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben.“

Dieser Spruch aus den 80-iger Jahren ist auch heute noch aktuell.

Ja, dieser Haushalt bedeutet schon eine herbe Zäsur. Es muss jedem klar sein, dass eine Zeit vor uns liegt, in der **keine Geld für Wohlfühl- und Symbolpolitik übrig ist.**

Dass die „rosigen“ Zeiten positiver Einnahmeentwicklung und ordentlicher Haushaltsüberschüsse, wie in den letzten Jahren, sich unbegrenzt fortsetzen, konnte nicht erwartet werden, Leichte Bremsspuren am konjunkturellen Horizont zeichneten sich bereits in der 2. Jahreshälfte 2019 ab.

Dass eine „Infektions-Pandemie“ aber derart tiefgreifende Folgen und Einschnitte in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, der Gesundheitsfürsorge für Wirtschaft, Handel und Arbeitsplätze und in deren Folge für die Finanzausstattung öffentlicher Haushalte hat, war bisher unvorstellbar.

Der Haushalt unserer Stadt ist, wie auch in vielen andere Kommunen, in eine **finanzielle Schieflage** geraten. Am Beispiel **Gewerbesteuer** lässt sich dies am deutlichsten festmachen. Ansatz 2019 16 Mio., Ansatz 2021 mit 8.5 Mio. praktisch halbiert.

Die Produktgruppe Steuern, Zuweisungen u. Umlagen liegt im Vgl. zu 2019 bei minus 10 Mio.

2020 konnten die „Corona-verursachten“ Steuerausfälle durch den Rettungsschirm von Bund und Land größtenteils aufgefangen werden. Für 2021 zeichnet sich leider ähnliches nicht ab. Die Landesfinanzministerin weist lediglich darauf hin, dass die Rechtsaufsichtsbehörden bei der Genehmigung der kommunalen Haushalte den Prüfungsmaßstab mit Blick auf die schwierige Situation anpassen werden. Liquide Mittel vorrangig zur Deckung konsumtiver Aufwendungen einzusetzen und ggf. für Investitionen Kredite aufzunehmen.

So bleibt uns also gar nichts anderes übrig, als unsere Rücklagen, die wir für Investitionsvorhaben angespart haben, zum Ausgleich des laufenden Haushaltes einzusetzen. Das Geld kann nur einmal ausgeben werden. Folglich bleiben Projekte, wie z.B. das Hallenbad auf der Strecke.

Angesichts des erheblichen Fehlbetrages verlangt die Rechtsaufsichtsbehörde, das RP, den Haushalt sowohl auf der Aufwands- als auch der Ertragsseite zu ertüchtigen.

Es muss aber auch jedem klar sein, dass eine Zeit vor uns liegt, **in der kein Geld für Wohlfühl- und Symbolpolitik übrig ist.**

Anhand einer umfangreichen Vorlage der Verwaltung wurden in der Haushaltsklausur nahezu sämtliche Haushaltspositionen auf den Prüfstand gestellt und Kürzungsmöglichkeiten auf der Ausgabeseite wie auch Verbesserungen der Einnahmen in Betracht gezogen. Nüchterne Erkenntnis: Wenn ein Kahlschlag vermieden werden soll, den keiner will, ist der Spielraum für Kürzungen auf der Ausgabeseite sehr begrenzt und beschränkt sich auf wenige Positionen wie z.B.

- Keine, bzw. keine signifikanten neuen Personalstellen,
- Reduzierung der Öffnungszeiten in der Verwaltung, was aber nicht unmittelbar zu Einsparungen führt, der Arbeitsaufwand verringert sich dadurch nicht.
- Reduzierter Ansatz für Kultur, (coronabedingt möglich)
- deutliche Reduzierung für die Stadtplanung, auch aufgrund fehlender personeller Ressourcen (eigentliche ungewollt)
- Bäderbetrieb; das Hallenbad bleibt coronabedingt geschlossen.
- Prozentuale Kürzungen diverser Ansätze, z.B. Budgets der Ortschaften
- Kein Ansatz im Etat 2021 fürs Stadtjubiläum

Der Ansatz für den Gebäudeunterhalt und Gemeindestraßen bleibt auf Vorjahreshöhe. Auch wir sehen hier kein Einsparpotential. Das sind Pflichtaufgaben. (Winter hinterlässt bereits Spuren)

Die Digitalisierung verursacht Mehraufwand. Das ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Der Ansatz ist eher bescheiden und erlaubt nur eine Umsetzung in kleinen Schritten.

Der GR hat Bildung und Betreuung als Aufgabe höchster Priorität festgelegt, Kürzungen in diesem Bereich verbieten sich. Im Gegenteil, der Schuletat erhöht sich um weitere 400 T€. Dies steht in Zusammenhang mit der Digitalisierung, der Medienentwicklungsoffensive und auch der Ganztagsbetreuung.

Auch für die Kitas erhöhen sich die Aufwendungen, können aber durch höhere Landeszuweisungen und geplante Gebührenerhöhungen, ab Herbst d.Js., kompensiert werden.

Die Überprüfung von Gebühren- und Leistungsentgelt bleibt eine Daueraufgabe. Auch die Nutzungsentgelte unserer TG's u. Parkhäuser haben noch Luft nach oben. Hier denken wir insbes. auch an das Parkhaus an der Rheinbrückstraße.

Mit der Anschaffung einer mobil/stationären Geschwindigkeitsüberwachung erfüllt die Verwaltung einen lang gehegten Wunsch. Dies wird von vielen, in der Kernstadt und den OT begrüßt und aus Erfahrung lassen sich dabei auch Mehreinnahmen generieren, was aber nicht die Zielrichtung dieser Anschaffung ist.

Die primären Positionen auf der Ertragsseite sind die Steuern. Die Erhöhung der Hundesteuer wurde bereits beschlossen. Bestandteil des Haushaltsplanes ist auch die Anhebung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer um jeweils 20 Punkte. Für die Grundsteuer bedeutet dies eine Erhöhung um 5 %. Die Gewerbesteuer steigt um 5,5 %. Im Vergleich benachbarter Städte bewegen wir uns bisher unter dem Durchschnittsatz. Verständlich, dass hier das RP eine Anpassung verlangt.

Die Gewerbesteuererhöhung passt nicht in die derzeit schwierige Lage, in der sich Betriebe, beispielweise der Einzelhandel und die Gastronomie befinden. Wir tun uns damit verständlicherweise schwer, müssen jedoch die bittere Pille schlucken. Bis zum Hebesatz von 380 sind Gewerbesteuern auf die Einkommensteuer anrechenbar. Unterm Strich bedeutet dies lediglich eine Verlagerung und keine Mehrbelastungen für Einzelbetriebe und Personengesellschaften. Das ist der Großteil der Gewerbesteuerzahler.

Für Kapitalgesellschaften führt dies zu einer Mehrbelastung. Die Erfahrung zeigt, dass die Gewerbesteuer bei der Entscheidung der Standortsuche eine Rolle, nicht aber die entscheidende Rolle spielt

Aufgrund der Änderung des Grundsteuergesetzes wird eine Erhöhung der Grundsteuer befürchtet. Der Bund der Steuerzahler hat dazu einige Beispiele genannt. Es war die ausdrückliche Ansage des Gesetzgebers, dass der neue Bewertungsmaßstab zu keiner Erhöhung der Grundsteuer führt. Ggf. sind die Hebesätze durch die Städte und Gemeinden zu korrigieren.

**Im Finanzhaushalt sind für Investitionen 11.2 Mio. eingeplant, darunter für Baumaßnahmen 9 Mio.**

**Neben dem Neubau zentrales Feuerwehrgebäude und dessen Anbindung an der Verkehrskreisel sind Schulen und Kitas Investitionsschwerpunkte.**

Für **Kitas** sind Investitionen von 1.450 Mio. und 2.050 Mio. als Verpfl.Ermächtigung vorgesehen. In diesem Jahr insbes. die Kita in Karsau und den Waldkindergarten, mit VE ins nächste Haushaltsjahr die Sanierung und Erweiterung der ev. Paulus-Kita.

Damit geht die CDU-Fraktion voll d'accord. Neben der räumlichen Situation muss man auch stets die personelle Situation mit einbeziehen und die sieht im Moment nicht so üppig aus. Überall im Landkreis werden neue Kitas gebaut und alle benötigen Personal. Ein stufenweises Vorgehen, wie die Verwaltung es vorsieht, halten wir für den richtigen Weg.

Für den **Waldkindergarten** ist ein geeigneter Standort, möglichst in Stadtnähe zu suchen und ein entsprechendes Betreuungskonzept.

Für Herten wurde zugesagt, dass eine Kitanutzung in der alten Schule geprüft werde.

Investitionsschwerpunkte bei den **Schulen** mit Gesamtaufwand von 2 Mio. sind die Realschule und Brandschutz Gymnasium.

Es ist bekannt, dass bei der Hebelschule in Nollingen Sanierungs- und Erweiterungsbedarf besteht und wir vermissen einen Planungsansatz im HH 2021 und in der mittelfristigen Finanzplanung. Die Argumente des Elternbeirates sind einleuchtend und wir beantragen eine Planungsrate (50 bis 100 T€) vorzusehen.

Für die CDU sehr bedauerlich ist, dass das Hallenbad, ein Projekt für das wir uns jahrelang eingesetzt haben, aus dem Haushalt 2021 und der mittelfristigen Investitionsplanung herausgenommen werden musste. Alternative Zuordnungen, z.B. bei den Stadtwerken, bitten wir weiter zu verfolgen, denn wir müssen damit rechnen, dass das alte Hallenbad in naher Zukunft ausfällt.

Womit die CDU-Fraktion nicht zufrieden ist, ist die Mittelbereitstellung für die Erschließung Grendelmatt III, erst in 2024. Wir sind nun seit über 10 Jahren an diesem Bebauungsplan. Ein weiteres hinausschieben ist auch mit Blick der städtischen Entwicklungsmöglichkeit für den Wohnungsbau nicht zu vertreten. Das muss vorgezogen werden, ggf. auch mit der Beauftragung einer Entwicklungsgesellschaft, wie dies andere Kommunen seit Jahren praktizieren.

Erstmals seit 2003 werden Darlehen im Kernhaushalt i.H. von 4 Mio. aufgenommen. Diese Fremdfinanzierung steht auch in Zusammenhang mit erwartbaren Tilgungszuschüssen der KfW. Der Zinssatz liegt ja nahe bei Null. u.E. eine richtige Entscheidung.

Dem Beschluss des Gemeinderates aus dem Jahr 2003 <keine neuen Darlehen aufzunehmen> lagen die seinerzeit hohen Zinsbelastungen zugrunde, die sich mit dem Verzicht neuer Verschuldung und der Tilgung Jahr für Jahr reduziert haben.

Die Kapitalmarktbedingungen haben sich seither total verändert. Geld ist nahezu zum Nulltarif zu bekommen, stellt also keine Belastung dar. Einzig, die Erwirtschaftung der Abschreibungen ist ein Belastungsfaktor.

Wir schieben einen enormen Investitionsstau vor uns her. Hebelschule, energetische Gesamtanierung Gymnasium, Gemeinschafts-Schiller-Schule, Scheffelhalle in Herten u.a.m. erfordern einen Kapitaleinsatz, den wir aus unserer Liquidität in absehbarer Zeit nicht stemmen können. Die CDU-Fraktion hält es für verantwortbar und mit Blick auf die Baukostenentwicklung vorteilhaft, sich am Kapitalmarkt zu bedienen.

Das sind Investitionen in die Zukunft. Kredite dafür in Anspruch zu nehmen halten wir für sinnvoll und verantwortbar.

Landesförderprogramme „Klimaschutz-Plus“ , „CO2-Minderprogramm energetische Sanierung kommunaler Gebäude“ und „Ergänzende Förderung energieeffizienter Sanierung von Schulen“ könnten dazu eine anteilige Co-Finanzierung leisten.

Wir sind uns dessen bewusst, dass damit die Etats genehmigungspflichtige Bestandteile enthalten.

Unsere **Eigenbetriebe** investieren 2021 insges. rd. 16.5 Mio., die fast ausschließlich über Darlehen (sogen. rentierliche Schulden) finanziert werden.

Beim **Bürgerheim** eine erste Rate für das Neubauprojekt, wofür im Juni der Baubeschluss gefasst werden soll.

Die größte Investition der geplanten 4.3 Mio. beim **EB Abwasser** betrifft die Kanalerneuerung in der Hertener Bahnhofstraße mit 3.1 Mio. Den Ansatz für ein Gebäude in den Aumatten in Degerfelden mit gepl.185 T€ halten wir nicht für vertretbar. Wir haben dies bereits im Hauptausschuss geäußert und nach der Antwort von Herrn Obert gehen wir davon aus, dass dieser Ansatz entfällt. Auf jeden Fall ist der Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Nach der Aufzehrung der Rückstellungen der Überschüsse aus Vorjahren steigt der Abwasserpreis erstmals wieder, was insbes. auf die gestiegenen Aufwendungen für den Unterhalt des Kanalnetzes und der Betriebskostenumlage für die Kläranlagen verursacht ist.

Im Vgl. mit anderen Kommunen liegen wir immer noch günstig.

Gleiches trifft auch für den Betriebszweig **Wasser des EB Stadtwerke** zu. Die 7.5 Mio. Investitionen betreffen den Bau des neuen Hochbehälters in Nollingen und Erneuerungen des Leistungsnetzes, davon mit 1.9 Mio. die neue Hauptleitung in Minseln über die künftig auch Teile von Karsau versorgt werden.

Im Planungszeitraum bis 2024 sind 5 Mio. für eine zentrale Wasserenthärtungsanlage vorgesehen. Dies bedarf noch eingehender Untersuchungen und Informationen. Hat ja auch Auswirkungen auf den Wasserpreis.

Wir beantragen dazu die Einwohnerschaft in absehbarer Zeit umfassend in einer Bürger-Info-Veranstaltung zu informieren.

Schließlich der Betriebszweig **Wärmeversorgung**. Mit Investitionen von gut 4 Mio. wird der Ausbau des Wärmenetzes bis an die Müssmattstraße an große Wohnquartiere weitergeführt und mit dem Bau der Abwärmeauskopplung Evonik kann in erheblichem Umfang co2-freie Energie eingesetzt werden. Die Stadt bringt hier große Vorleistungen und soll künftig über die Konzessionsabgabe, wie bei anderen Energieträgern, beteiligt werden.

Dies ist ein großer Schritt in Richtung Klimaneutralität, denn ein Großteil der Energie wird durch die Beheizung von Gebäude verbraucht.

Die ca. 1.5 Megawatt reichen nicht aus, die Stadt klimaneutral zu versorgen. Zur weiteren Reduzierung fossiler Energieträger führt kein Wege daran vorbei, die in einem deutlich höheren Umfang vorhandene Abwärme von ED vertraglich z.B. über ein Kooperationsmodell zu sichern, wie wir dies mehrfach gefordert haben.

Wir haben dieser Tage der Presse entnommen, dass die Verwaltung diesbezügliche Gespräche führt.

Abschließend kann ich für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Haushalt und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe signalisieren. Über unseren Antrag „Planungsrate Hebelschule“ muss noch abgestimmt werden.

Ein großer Dank gilt an die Verwaltung, insbesondere der Stadtkämmerei, Ihnen Frau Schippmann und Ihrem Team für die umfangreiche Vorarbeit, die Vorlagen für die Klausurtagung und ausführlichen Erläuterungen. Wir hätten Ihnen gerne einen Start unter günstigeren Bedingungen gewünscht. Aber, Sie haben mich in dieser „Krisensituation“ bewährt und Ihren Teil zu Verbesserungen des Etat's beigetragen. Kompliment und großen Dank.